



Straßenbeitragsfreies Hessen

eine AG hessischer Bürgerinitiativen

www.strassenbeitragsfrei.de

Ärger um Straßenbaubeiträge | hessenschau vom 20.08.2022

Linden, 21. August 2022

In der [Hessenschau](#) wurde am 20. August 2022 über [Straßenbeiträge](#) berichtet. Direkter Anlass war die Situation in Eschenburg-Hirzenhain, wo eine kleine Nebenstraße ausgebaut werden soll und die Beiträge für einzelne der fünf (!) Anlieger voraussichtlich bis zu 44.000 Euro betragen werden. Inwieweit sich die Anlieger auf den „überraschenden Vorschlag“ des als „Straßenbeitrags-hardliner“ bekannten Bürgermeisters Götz Konrad einlassen möchten, ist letztlich ihre Entscheidung. Es steht aber zu befürchten, dass es eine Finte ist und dass Konrad sie und die Eschenburger Öffentlichkeit nur ruhigstellen will angesichts der anstehenden Bürgermeisterwahl (9/2022). Denn zu der Straße sind Ausschreibung und Vergabe längst abgeschlossen.

Anschließend wurde im Hessenschau-Studio ein Interview mit Harald Semler vom Hessischen Städte- und Gemeindebund (HSGB) geführt. Er ist vielen noch bekannt aus seiner Zeit als unnachgiebiger Wetzlarer Bürgermeister. Wenige Tage nach einer öffentlichen Fernsehdiskussion in Wetzlar-Münchholzhausen im Oktober 2019 ([teilweise noch aufzufinden](#)) wechselte Herr Semler aus Wetzlar in Richtung HSGB, wo er [seitdem als einer \(von mehreren\) Geschäftsführern ausgewiesen wird](#).

Einige Aussagen des Herrn Semler (HSGB) bedürfen einer Klar- / Richtigstellung

Zu den Einnahmeausfällen der Kommunen infolge wegfallender Straßenbeiträge sagt Herr Semler, dass die im [aktuellen Gesetzentwurf der LINKEN](#) vorgeschlagenen 70 Mio. Euro als Kompensation nicht ausreichen würden. Das ist eine steile These! Es sei daran erinnert, dass die Einnahmen der hessischen Kommunen aus Straßenbeiträgen in 2015, 2016 und 2017 sich auf **weniger als 39 Mio. Euro jährlich** beliefen (Zahlen des Innenministers, 4/2018).

Offenbar hat Herr Semler den Gesetzentwurf der Linken nicht gelesen oder nicht verstanden. Das ist schade, denn gerade für die Kommunen gibt es darin sehr positive Ansätze. Der Entwurf sieht vor, dass das Kommunalabgabengesetz (KAG) §11 so geändert wird, dass für den Umbau und Ausbau von öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen (Verkehrsanlagen) keine Beiträge mehr erhoben werden bzw. dass §11a (wiederkehrende StrB) aufgehoben wird. **Den Kommunen soll der daraus entstehende Einnahmeverlust durch ein vereinfachtes Verfahren vollständig ersetzt werden. Dazu ist ein befristeter Sonderausgleichsfonds zu schaffen, für den jährlich mindestens 70 Millionen Euro durch das Land Hessen zur Verfügung gestellt werden.** Wörtlich heißt es:

„(1) Gemeinden erhalten auf Antrag jährlich aus einem Sonderausgleichsfonds des Landes für die entfallene Möglichkeit der Erhebung von Straßenbeiträgen eine pauschale Erstattung. Bis zum 31. Dezember 2027 sind diejenigen Gemeinden antragsberechtigt, von denen keine Solidaritätsumlage nach § 28 dieses

Gesetzes erhoben wird. Ab dem 01. Januar 2028 erfolgt der Ausgleich im Rahmen des kommunalen Finanzausgleiches.

(2) Erstattungsfähig ist die Hälfte der anrechnungsfähigen Gesamtkosten.“

Weiter im Interview: wenn Semler wenig später die Rückkehr zur Gesetzgebung von vor 2018 befürwortet, grenzt das an Realitätsverweigerung: **9 und demnächst 10 der 16 Bundesländer haben die Strabs landesweit abgeschafft**, über 180 Kommunen in Hessen haben abgeschafft, aber ein ewiggestriger Herr Semler irrlichtert, dass defizitäre Kommunen Strabs erheben **müssen**. Es ist auch ein interessanter Einblick in sein wahres Verständnis von „kommunaler Selbstverwaltung“, die er einen Moment später hoch als Monstranz vor sich her trägt.

Auf die Frage des Moderators, inwieweit der soziale Frieden durch hohe Straßenbeiträge gefährdet ist, antwortet Semler ausweichend mit dem Verweis auf einen Fall in Bischoffen während seiner Zeit dort als Bürgermeister. Viele Anlieger einer sanierten Straße hätten wenig zahlen müssen, den Löwenanteil von ca. 150.000 € habe ein Industriebetrieb gezahlt. Wurde die Straße durch dessen Lieferverkehr vielleicht besonders belastet? Warum verschweigt Herr Semler, dass jeder Gewerbebetrieb (wie übrigens auch Wohnungsbaugesellschaften) die Straßenbeiträge bei seiner Steuer geltend machen können? Diese Begünstigung wird den selbstnutzenden Eigenheimbesitzern leider nicht gewährt.

Herr Semler kennt offenbar beim Interview bereits den Filmbeitrag und bewertet den Vorschlag des BGM Konrad als „klug“. Da Konrad nach erfolgter Ausschreibung und Vergabe kaum noch etwas ändern kann (außer in Eschenburg die Abschaffung der Strabs zu empfehlen), stellt sich die Frage, wie dieses „klug“ gemeint ist.

Auf die Frage des Moderators, wie Kommunen denn die Straßensanierungen bei Abschaffung der Straßenbeiträge finanzieren sollen, kommt von Semler nur der spröde Verweis auf Steuererhöhungen. Da hätten die Bürgerinitiativen in der AG Straßenbeitragsfreies Hessen doch einige bessere Ideen! Und [viele Kommunen haben gezeigt, dass es ohne Steuererhöhungen geht!](#) Am Ende gipfelt Semlers Polemik in der Behauptung, es würden bei Steuererhöhungen die Mieter die Wertsteigerung der Immobilie bezahlen. ?

Nein, so ist es nicht, denn:

1. Der Wert einer Immobilie erhöht sich nicht durch eine Straßenerneuerung, das bestätigt jeder Immobiliensachverständige.
2. Jeder Hauseigentümer, der einen Straßenbeitrag von z.B. 44.000 Euro zahlen muss, wird seinem Mieter – sofern vorhanden – die Miete im Rahmen des Möglichen erhöhen.
3. Der Hauseigentümer hat einstmals beim Hausbau mit dem Erschließungsbeitrag für eine neue(!) Straße bezahlt. Deren Verschleiß im Lauf der Zeit ist kaum sein Verschulden, in der Regel hat die Kommune ihre Pflichten zur regelmäßigen Instandhaltung verletzt.
4. Gemeindestraßen sind öffentlich, auch Mieter nutzen die Straßen. Wie Schulen, Feuerwehr, Krankenhäuser usw. gehören sie zur öffentlichen Daseinsvorsorge.

Eine Straßenerneuerung wie hier in Eschenburg ist keine Wertsteigerung für die Immobilie und kein besonderer Vorteil für den Hauseigentümer.

Gemeinsam mit anderen namhaften gesellschaftlichen und politischen Verbänden und Gruppierungen fordert die AG Straßenbeitragsfreies Hessen vom Landesgesetzgeber die Abschaffung der Möglichkeit der Erhebung von Straßenbeiträgen!

Andreas Schneider

AG Straßenbeitragsfreies Hessen – www.strassenbeitragsfrei.de – info@strassenbeitragsfrei.de